

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 30.09.2013, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 20.09.2013

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.09.2013
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Haushalt 2009; vorläufiger Jahresabschluss
Vorlage: 2013/115
- TOP 6 RPA; Zwischenbericht 2013 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse
Vorlage: 2013/106
- TOP 7 Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"
Vorlage: 2013/120
- TOP 8 Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung
Vorlage: 2013/119

- TOP 9** **Festsetzung des Gebührensatzes 2014 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**
Vorlage: 2013/121
- TOP 10** **Festsetzung der Gebührensätze 2014 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**
Vorlage: 2013/122
- TOP 11** **Gebührensatzsatzung 2014 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung**
Vorlage: 2013/123
- TOP 12** **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014**
Vorlage: 2013/117
- TOP 13** **Einwohnerfragestunde**
- TOP 14** **Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2013/115

freigegeben am **09.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 15.07.2013

Haushalt 2009; vorläufiger Jahresabschluss

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der vorläufige Jahresabschluss 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Mit der Vorlage 2010/023 hat die Verwaltung den Finanz- und Wirtschaftsausschuss über das Finanzrechnungsergebnis (Geldzu- und -abfluss) informiert. Mehr konnte bis heute nicht zum Jahresabschluss vorgelegt werden, weil insbesondere der Jahresabschluss in der Anlagenbuchhaltung noch nicht erstellt werden konnte.

Erst jetzt, nachdem die Abschreibungen ermittelt und gebucht wurden, konnte am Jahresabschluss weiter gearbeitet werden. Diese Arbeiten sind so weit vorangeschritten, dass nun zumindest ein vorläufiger Abschluss zur Kenntnis vorgelegt werden kann. Erst wenn

- die kostenrechnerischen Nebenbuchhaltungen abgeschlossen sind,
- die Nebenrechnungen zur Ermittlung und Verwendung der aus speziellen Entgelten für die Inanspruchnahme leitungsgebundener Einrichtungen gedeckten Abschreibungen,
- der Anhang mit seinen Anlagen und
- der Rechenschaftsbericht erstellt wurden und
- das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss geprüft hat,

kann der Jahresabschluss den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Folgende Ausführungen können zum vorläufigen Jahresabschluss gemacht werden.

Mit dem Jahresabschluss 2009 erstellt die Gemeinde Rastede erstmalig einen Jahresabschluss nach doppelten Regeln. Damit liegt neben der ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 eine Bilanz vor, die zum ersten Mal das Wirtschaftsergebnis einer Jahresperiode berücksichtigt.

Der Vergleich der Bilanzen erlaubt nun neben einem erstmaligen Erkennen der gemeindlichen Vermögens- und Verbindlichkeitsentwicklung auch die Darlegung einer einjährigen Wirtschafts- und Leistungsentwicklung. Dies heißt, erstmalig werden in der Ergebnisrechnung neben dem Zu- und Abfluss von liquiden Mitteln nichtliquide Faktoren wie Abschreibungen und Rückstellungsbildungen berücksichtigt.

Zunächst ist zu vermerken, dass sich die Bilanzsumme um 1.641.776,48 Euro von 98.390.824,34 Euro auf 100.032.600,82 Euro erhöht hat. Diese Werterhöhung bekommt eine positive Bewertung dadurch, dass sich die Vermögenswertsteigerung nicht durch zusätzliche Verbindlichkeiten ergeben hat.

Zusammen mit der Inanspruchnahme des Kassenbestandes und der positiven Ergebnisrechnung konnten im Gegenteil sogar zusätzlich die Verbindlichkeiten um 1.323.570,73 Euro von 5.194.284,23 Euro auf 3.870.713,50 Euro reduziert werden.

Die Aktivseite der Bilanz ist besonders gekennzeichnet durch einen so genannten Aktivtausch. Der zum 01.01.2009 vorhandene liquide Geldbestand ist in Höhe von 8.430.942,70 Euro um 4.583.028,79 Euro auf 3.847.913,91 Euro abgeschmolzen. Im (Aktiv-)Tausch dazu hat sich der Wert des Sachvermögens trotz normaler Abschreibungen um 5.123.136,52 Euro von 87.209.810,98 auf 92.332.947,50 Euro erhöht.

Es ist somit festzustellen, dass sich der Gesamtwert des gemeindlichen Vermögens einerseits erhöht und sich andererseits die Verbindlichkeiten reduziert haben und immer noch ein liquider Geldbestand vorhanden ist.

Die liquiden Mittel bedürfen vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde für 2009 eine ausgeglichene Haushaltsplanung, somit also die planerische Absicht gehabt hat, die veranschlagten Einnahmen komplett für die veranschlagten Einnahmen zu verbrauchen, einer Bewertung.

Die Gemeinde hatte laut Haushaltssatzung die Absicht, 7.657.100 Euro Kredite aufzunehmen. Dazu ist es aufgrund des im Zeitpunkt der Planung noch nicht bekannten hohen Kassenbestandes zum 01.01.2009 und der positiven Finanzrechnung - Bereich laufende Verwaltung - (Überschuss: 2.617.993,15 Euro) nicht gekommen.

Gleichwohl sind nicht alle veranschlagten investiven Maßnahmen der Gemeinde Rastede planmäßig zum Abschluss gekommen oder vorangeschritten. Das bedeutet, dass Haushaltsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden mussten (Haushaltsreste) und im übrigen zu sehen ist, ob es weitere Vorbelastungen gibt, die durch die Haushaltsplanung 2010 nicht erfasst werden können, gleichwohl aber den Kassenbestand zum 31.12.2009 berühren, beispielsweise durch Rückstellungen, die insbesondere im Folgejahr kassenwirksam werden.

Die Belastung des liquiden Geldbestandes zum 31.12.2009 sieht wie folgt aus:

Zusammenfassendes Ergebnis		Liquidität			
1.	Kassenistbestand 31.12.2009	3.847.913,91		3.847.913,91	
2.	Vorbelastungen HHJahr 2010				
2.1	Einzelpositionen				
	- Ergebnis Bauhof				
	- nicht verbrauchte HHReste	entfällt *)			
	- Haushaltsunwirksame Zahlungen	262.719,34			
	- Osterloh-Fonds (Kto. 171190)	0,00			
	- Bürgschaften	0,00			
	- Gewährleistungsverträge	0,00			
	- kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00			
	Sonstige Verbindlichkeiten	-5.070,90			
	- Sonstiges (zweckgeb. Einnahmen)	0,00			
	Summe:	257.648,44	257.648,44		
2.2	Finanzhaushalt				
2.2.1	Laufende Verwaltung				
	- HHReste für Rückstellungen, die 2010 kassenwirksam werden	324.808,64			
	- HHReste	13.878,61			
	Summe:	338.687,25	338.687,25		
			596.335,69	-596.335,69	
	Zwischenkassenbestand:			3.251.578,22	
2.2.2	Rückbehalt für Deckung Fehlbedarf/-betrag:	0,00		0,00	
				3.251.578,22	3.251.578,22
2.2.3	Investitionen				
	- HHReste Rückstellungen	0,00			
	- HHReste (mit und ohne Aufträge)	2.484.184,59			
	- Haushaltsvorgriffe (§ 117 Abs. 2 NKomVG)	0,00			
	Summe:	2.484.184,59			-
					2.484.184,59
3.	Verbleibender Kassenbestand				767.393,63
4.	abzüglich Sockelbetrag für Kasse				0,00
5.	verbleibender Kassenbestand				767.393,63

Der liquide Mittelbestand von 3.847.913,91 Euro zum 31.12.2009 ist also ausreichend, die zum 31.12.2009 bekannten zukünftigen kassenwirksamen Belastungen außerhalb der Planung ab 2010 in Höhe von 3.080.520,91 Euro zu tragen, ohne dass für nicht planmäßig vorangeschrittene Investitionsmaßnahmen Haushaltseinnahmereste (Übernahme von Kreditermächtigungen in das Folgejahr) hätten gebildet werden müssen.

Im Rahmen des den Kommunen gesetzlich auferlegten Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurden die Haushaltsreste nur in dem erforderlichen Umfang gebildet.

Die Bilanz zum 31.12.2009 für sich und im Vergleich zum 01.01.2009 enthält keine negativen Entwicklungsmerkmale. Die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzsituation 2009 ist durchweg positiv. Sie enthält deshalb auch kein Indiz dafür, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde gefährdet ist. Es sind zudem weder finanzwirtschaftliche Risiken für die zukünftige Aufgabenerfüllung der Gemeinde erkennbar, noch sind nach dem Schluss des Haushaltsjahres 2009 Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Die Haushaltsplanung 2009 wurde umgesetzt, dies auch im investiven Bereich, soweit es die Umstände der Planung und Planungsausführung zugelassen haben.

Die Finanzrechnung anstelle einer nicht so detailreichen handelsrechtlichen Kapitalflussrechnung zeigt die liquiden Zu- und Abflüsse auf. Sie weist weder zu Beginn noch zum Ende des Haushaltsjahres ein Minus bzw. ein durch Liquiditätskredite erzeugten positiven Kassenbestand auf, das heißt, die Gemeinde war in diesen Zeitpunkten aus eigener Kraft liquide. Auch unterjährig hat sich zu keiner Zeit der Bedarf für die Aufnahme eines vorübergehenden Liquiditätskredites ergeben.

Die Ergebnisrechnung, die auch die nichtliquiden Faktoren wie Abschreibungen und Rückstellungsbildungen berücksichtigt und die letztendlich das Jahresergebnis aufzeigt, ist ebenso positiv ausgefallen. Es haben sich keine besonderen Sachverhalte ergeben, die von der Haushaltsplanung abweichen und deshalb besonders dargestellt werden müssten.

Diese Vorlage korrespondiert mit den Ausführungen zu der Vorlage 2013/106. Zum jetzigen Zeitpunkt die Verwaltung davon aus, dass ein endgültiger und vom Rechnungsprüfungsamt vollständig geprüfter Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 im ersten Quartal 2014 vorliegen wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

1. Vorläufige Bilanz
2. Vorläufige Ergebnisrechnung
3. Vorläufige Finanzrechnung

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2013/106

freigegeben am 03.07.2013

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 03.07.2013

RPA; Zwischenbericht 2013 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes 2013 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Nach § 129 Abs. 1 Satz 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Gleichwohl liegt der Jahresabschluss für die Jahre 2009 bis einschließlich 2012 noch nicht vor. Allerdings hat die Verwaltung die politischen Gremien immer unverzüglich über das liquiditätsmäßige Abschlussergebnis (Finanzhaushalt) informiert.

Das beauftragte Rechnungsprüfungsamt (RPA) nimmt seinen Prüfungsauftrag nach § 155 NKomVG wahr und informiert die politischen Gremien der Gemeinde Rastede mit seinem Zwischenbericht 2013 aus seiner Sicht über den Stand der Angelegenheit.

Der Zwischenbericht spricht für sich und deckt sich mit den Informationen, die die Verwaltung in der Vergangenheit gegeben hat. Folgendes ist aber zu ergänzen: Die Schwierigkeit der Aufholung der Jahresabschlüsse ist gleichermaßen bei allen Landkreisgemeinden und weit über die Kreisgrenzen hinaus vorhanden.

Konkret hinsichtlich der Abschlüsse stellt sich die Situation so dar, dass das Zahlenwerk für den Jahresabschluss 2009 vorliegt (siehe besonderen Tagesordnungspunkt).

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsamtes.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/120freigegeben am **16.09.2013****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 24.07.2013

Erhebung von Marktstandgelder für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Gebührensatz für Marktstandgelder wird ab 2014 auf 1,70 € festgesetzt.
2. Die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung von Marktstandgeldern in der Gemeinde Rastede“ wird entsprechend der Anlage zur Sitzungsvorlage mit Wirkung am 01.01.2014 geändert.

Sach- und Rechtslage:**Allgemein:**

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren erhoben.

Endgültige Kostenrechnungen der Jahre 2009 bis 2012 können noch nicht vorgelegt werden, weil die Jahresabschlüsse für diese Jahre noch nicht vorliegen.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind deshalb die Nachkalkulationen für 2012 auf der Basis von Ist-Zahlen, soweit sie vorhanden sind. Bei der Kalkulation für 2013 handelt es sich insgesamt um nachkalkulierte Planzahlen.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2012 bis 2013 stellen sich wie folgt dar.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation	Kalkulation	Kalkulation
	2012	2013	2014
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Stromkosten	1.436,83 €	1.500,00 €	1.500,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €	0,00 €	0,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	0,00 €	100,00 €	100,00 €
Bekanntmachungskosten	47,97 €	100,00 €	100,00 €
Regiekosten	13.129,83 €	16.512,77 €	17.000,00 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	5.103,89 €	5.300,00 €	5.400,00 €
Öffentl. Toilette	1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €
insgesamt:	25.109,78 €	25.114,57 €	25.701,80 €

Die wesentlichen Veränderungen/Kostensteigerungen werden erläutert:

Im Jahre 2012 wurde erneut versucht, die Marktbezieher an ihre Reinigungspflicht zu erinnern. Nach Aussage des Marktmeisters wird der Wochenmarktplatz jetzt regelmäßig von den Marktbeziehern gereinigt verlassen. Ab der Gebührenkalkulation für 2013 wurden deshalb keine Abfallbeseitigungskosten mehr einbezogen. Ob diese Situation in den Folgejahren beibehalten werden kann, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend feststellen. Tatsächlich funktioniert die Eigenverantwortlichkeit der Marktbesucher nicht immer in dem gewünschten Umfang. Für die Regiekosten gibt es für die vergangenen Jahre noch keine „Ist-Werte“. Sie sind auf der Basis der aktuellen Kenntnisse nachkalkuliert worden.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

Im Jahre 2012 wurden bei den Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben insgesamt 19.009,98 € Erträge verzeichnet. In der Nachkalkulation 2013 und in der Gebührenberechnung für 2014 wurde mit Gesamteinnahmen in Höhe von 18.900 € kalkuliert.

	Nachkalkulation	Nachkalkulation	Kalkulation
	2012	2013	2014
Benutzungsgebühren	16.676,80 €	16.600,00 €	16.600,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben (Strom)	2.333,18 €	2.300,00 €	2.300,00 €
insgesamt:	19.009,98 €	18.900,00 €	18.900,00 €

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

Für 2009 bis 2011 wurde bisher berichtet, dass die Fortschreibung des kumulierten Überschusses rechnerisch insgesamt 4.328,55 € beträgt. Die Regiekosten wurden ab dem Jahre 2009 nochmals nachkalkuliert. Dadurch verändert sich die Fortschreibung des kumulierten Überschusses zum 31.12.2011 in ein Defizit auf insgesamt -6.116,87 € (sh. nachstehende Aufstellung)

Nachkalkulation 2009 bis 2011:

<u>Nachkalkulation</u> <u>2009</u>	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation		20%	80%	
Kosten	24.312,96 €	13.297,75 €	4.862,59 €	19.450,37 €	
Einnahmen	18.266,60 €	0,00 €	0,00 €	18.266,60 €	
	6.046,36 €	13.297,75 €	4.862,59 €	-1.183,77 €	-1.183,77 €

<u>Nachkalkulation</u> <u>2010</u>	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation		20%	80%	
Kosten	25.920,38 €	14.807,88 €	5.184,08 €	20.736,30 €	
Einnahmen	18.787,12 €	0,00 €	0,00 €	18.787,12 €	
	7.133,26 €	14.807,88 €	5.184,08 €	-1.949,18 €	-3.132,95 €

<u>Nachkalkulation</u> <u>2011</u>	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation		20%	80%	
Kosten	27.223,35 €	15.510,23 €	5.444,67 €	21.778,68 €	
Einnahmen	18.794,76 €	0,00 €	0,00 €	18.794,76 €	
	8.428,59 €	15.510,23 €	5.444,67 €	-2.983,92 €	-6.116,87 €

Grundlage für die Gebührenberechnung 2014:

<u>Nachkalkulation</u> <u>2012</u>	Gesamtkosten	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	20%	80%	
Kosten	25.109,78 €	5.021,96 €	20.087,82 €	
Einnahmen	19.009,98 €	0,00 €	19.009,98 €	
	6.099,80 €	5.021,96 €	-1.077,84 €	-7.194,71 €

<u>Nachkalkulation</u> <u>2013</u>	Gesamtkosten	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	20%	80%	
Kosten	25.114,57 €	5.022,91 €	20.091,66 €	
Einnahmen	18.900,00 €	0,00 €	18.900,00 €	
	6.214,57 €	5.022,91 €	-1.191,66 €	-8.386,37 €

<u>Kalkulation</u> 2014	Gesamtkosten	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben ge- bühren- relevante Kosten	+ = Überschuss - = Defizit
	Kalkulation	20%	80%	
Kosten	25.701,80 €	5.140,36 €	20.561,44 €	
Einnahmen	18.900,00 €	0,00 €	18.900,00 €	
	6.801,80 €	5.140,36 €	-1.661,44 €	-10.047,81 €

Ab 2012 wird sich das kumulierte Defizit weiter erhöhen. In der Nachkalkulation für 2012 wurde unter Berücksichtigung der 20-prozentigen öffentlichen Interessenquote ein Defizit in Höhe von 1.077,84 €, 2013 ein Defizit in Höhe von 1.191,66 € und in der Gebührenkalkulation für 2014 ein Defizit von 1.661,44 € errechnet. Somit ergibt sich bis Ende 2014 ein rechnerisch ermitteltes Gesamtdefizit in Höhe von 10.047,81 €

Gebührenfestsetzung 2014

Über die Jahre gesehen bleiben die Gesamtkosten des Wochenmarktes (ohne Berücksichtigung der 20-prozentigen Öffentlichen Interessenquote) mit ca. zwischen 25.000 und rd. 26.000 € konstant. Innerhalb der Gesamtkosten gab es die Veränderung, dass die Abfallbeseitigungskosten ab dem Jahre 2013 weggefallen sind, weil die Marktbezieher die Abfallbeseitigung nach Abhaltung des Wochenmarktes selbst vornehmen. Dafür errechnen sich höhere Regiekosten ab 2013.

Die gegenzurechnenden Gesamteinnahmen betragen je nach Auslastung des Wochenmarktes zwischen 18.300 bis 19.000 €

Um das Defizit rechnerisch zum 31.12.2014 in Höhe von 10.047,81 € (sh. vorherige Aufstellung) nicht noch weiter ansteigen zu lassen, schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz von bisher 1,60 € pro laufenden Meter auf 1,70 € anzuheben.

<u>Kalkulation</u> 2014	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten	+ = Über- schuss - = Defizit
	Kalkulation	66,14	20%	80%	
Kosten	25.701,80 €	17.000,00 €	5.140,36 €	20.561,44 €	
Einnahmen	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €	
	5.701,80 €	17.000,00 €	5.140,36 €	561,44 €	-8.947,81 €

Bei einem Gebührensatz von 1,70 € pro lfd. Meter werden Einnahmen in Höhe von 20.000 € (Gebühreneinnahmen in Höhe von 17.700 € plus 2.300 € Erstattung von Stromkosten) erzielt werden können.

Ohne Gebührenerhöhung errechnen sich Gebühreneinnahmen in Höhe von 16.600 € plus 2.300 € (Stromkostenerstattung), somit 18.900 €. Ein Marktstand von 5 Meter Länge müsste bei einem Gebührensatz von 1,70 € eine Gebühr in Höhe von 8,50 € zahlen. Eine Tiefenbegrenzung wurde in der Satzung nicht festgelegt.

Eine Umfrage hat ergeben, dass die anderen Ammerland-Gemeinden keine Kostenrechnung aufstellen, sondern Entgelte für den Wochenmarkt von 0,78 € bis 1 € pro Meter Stand nehmen. Daneben erhebt die Gemeinde Bad Zwischenahn zusätzlich pro PKW ein Entgelt von 0,50 € und für LKW's von 1 €, die Stadt Westerstede nimmt pro Fahrzeug zusätzlich 1,30 € Regiekosten finden keine Berücksichtigung.

Unzweifelhaft stellt der Wochenmarkt eine gute und wichtige Verkaufseinrichtung in Rastede dar. Dabei erfreut er sich nicht nur der Beliebtheit aufseiten der Kundschaft sondern insbesondere auch auf der der Marktbesucher. Dies wird daran deutlich, dass regelmäßig Nachfragen von Unternehmen da sind, die nicht oder jedenfalls nicht kurzfristig befriedigt werden können. Berücksichtigt man insoweit Angebot und Nachfrage und stellt dies in Relation zur absoluten Höhe der Gebühren, wird die Anhebung des Gebührensatzes für vertretbar erachtet.

Bei einem Gebührensatz in Höhe von 1,70 € und die festgesetzte öffentliche Interessenquote in Höhe von 20 % wird sich das voraussichtlich kumulierte Defizit zum 31.12.2014 auf 8.947,81 € reduzieren.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Anlage 1 - 2. Änderungssatzung

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2013/119**freigegeben am **17.09.2013****Stab**

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 24.07.2013**Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung
Straßenreinigung****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung folgender Gebührensatz ab 2014 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 15,60 €pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Ab 2009 bis 2012 können noch keine endgültigen Ergebnisse der Kostenrechnung Straßenreinigung vorgelegt werden, weil die Jahresabschlüsse für diesen Zeitraum noch nicht vorliegen. Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr ist deshalb die Nachkalkulation 2012 auf der Basis von Ist-Zahlen und die Nachkalkulation 2013 auf der Basis von Plan-Zahlen. Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2012 und 2013 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt. Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2014 wurden angereicht.

Kostenpositionen	Nachk. 2012	Nachk. 2013	Gebühr 2014
Gebührensatz	22,50 €	22,50 €	?
Reinigungskosten Fremdfirma	47.805,49 €	52.000,00 €	52.000,00 €
Straßeneinlaufschächte	5.624,44 €	0,00 €	0,00 €
Rad-/Gehwegreinigung Bauhof	0 €	0,00 €	0,00 €
Deponiekosten	16.488,87 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Personalkosten	6.811,61 €	7.220,00 €	7.300,00 €
Regiekosten	13.473,91 €	16.785,00 €	16.815,00 €
Gesamtkosten	90.204,32 €	96.005,00 €	96.115,00 €

Die Fremdfirma kann laut Reinigungsvertrag Mehrkosten (Nebenkostenpauschale) aufgrund von tariflichen Lohn- oder Dieselmotorkraftstoffpreisänderungen in Rechnung stellen. Somit wurde vorsichtshalber für die Jahre 2013 und 2014 mit einem Betrag in Höhe von 52.000 € kalkuliert.

Ab 2013 wurden keine Kosten für die Reinigung der Schächte (Sinkkästen) einkalkuliert, weil nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts diese Kostenposition ausschließlich der Abwasserbeseitigung „Niederschlagswasser“ zuzuordnen ist.

Bei der punktuellen Reinigung (einschließlich Rad- und Gehwegreinigung) sind tatsächlich keine Kosten im Jahre 2012 angefallen. Für die Folgejahre wurden somit keine Mittel mehr einkalkuliert.

Deponiekosten

Die Gemeinden sind verpflichtet, das gesamte Kehrgut über die Deponie zu entsorgen, weil nachgewiesen wurde, dass das Kehrgut (Sand und Laub) mit Schadstoffen belastet ist. Für die Entsorgung des Kehrgutes fallen Transportkosten durch eine Fremdfirma an. Außerdem ist für jede Anlieferung von Kehrgut eine Gebühr für die Entsorgung des Kehrgutes zu entrichten. Die Gebühren schwanken, da sie nach dem Gewicht des angelieferten Kehrgutes berechnet werden. Die Anlieferung von trockenem Kehrgut ist günstiger als Kehrgut, das bei Regenwetter aufgenommen wurde.

Die Fahrtkosten und Deponiegebühren betragen im Jahr 2011 insgesamt 39.785,07 € und im Jahre 2012 insgesamt 16.488,87 €. Die hohen Deponiegebühren in 2011 sind entstanden, weil die Gemeinde ab Ende 2010 das Kehrgut auf dem Platz des Bauhofes gesammelt hat, bevor es zur Mülldeponie gefahren wurde. Durch die lange Lagerung auf dem Bauhofsgrundstück ist das Kehrgut witterungsbedingt schwerer geworden, das dann die hohen Deponiekosten verursachte. Ab 2012 wurde das Kehrgut gleich nach der Aufnahme durch die Fremdfirma auf der Mülldeponie in Mansie entsorgt. Aufgrund der geringeren Deponiekosten in 2012 wurde für 2013 mit 20.000 € nachkalkuliert und in der Gebührenberechnung 2014 mit dem gleichen Betrag kalkuliert.

Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Verwaltung sind die Tarifvereinbarungen. Um einen nachkalkulierten Betrag handelt es sich bei den Regiekosten für 2012 in Höhe von 13.473,91 €. Solange die Abschreibungen nicht gebucht wurden und im Rahmen des Jahresabschlusses eine „Ist-Verteilung“ von den Regieprodukten zu den einzelnen Produkten - wie Straßenreinigung - nicht vorgenommen wurde, stehen die tatsächlichen Regiekosten noch nicht fest. Für 2012 wurden Regiekosten in Höhe von 16.785,00 € nachkalkuliert und für 2014 ein Betrag in Höhe von 16.815,00 € kalkuliert.

Allgemeinkostenanteil

	Nachk. 2012	Nachk. 2013	Gebühr 2014
Gesamtkosten	90.204,32 €	96.005,00 €	96.115,00 €
- ohne Anlieger (15 %)	13.530,65 €	14.400,75 €	14.417,25 €
- Allgemeininteresse (10 %)	9.020,43 €	9.600,50 €	9.611,50 €
gebührenrelevante Kosten	67.653,24 €	72.003,75 €	72.086,25 €

Von den Gesamtkosten werden insgesamt 25 % in Abzug gebracht. Der Abzug basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Kalkulation der Gebühr 2014

Die Gebühreneinheiten sind Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr. Es gibt bei den Gebühreneinheiten nur geringfügige Änderungen, da die Eigentümer in neuen Baugebieten die Straßenreinigung aufgrund der „Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede“ selbst übernehmen.

	Nachkalk. 2012	Nachkalk. 2013	Gebühr 2014
Gebührensatz	22,50 €	22,50 €	Vorschlag 15,60 €
Gebührenaufkommen	90.091,67 €	90.308,25 €	62.863,42 €
gebührenrelevante Kosten	67.653,24 €	72.003,75 €	72.086,25 €
Überschuss lfd. Jahr:	22.438,43 €	18.304,50 €	-9.264,43 €
Überschuss des Vorjahres	-3.685,20 €	18.753,23 €	37.057,73 €
Fortschreibung Überschuss/Defizit	18.753,23 €	37.057,73 €	27.674,12 €

Das kumulierte Gesamtergebnis am 31.12.2011 der Kostenrechnungen Straßenreinigung weist rechnerisch insgesamt ein Defizit in Höhe von 3.685,20 € aus. Im Jahre 2012 wurde der Gebührensatz wegen der hohen Deponiekosten, die in Höhe von 45.000 € kalkuliert wurden, von 16,50 € auf 22,50 € angehoben. Grund für die sehr hoch kalkulierten Deponiekosten in der Gebührenberechnung 2012 waren die tatsächlich in 2011 angefallenen Deponiekosten in Höhe von fast 40.000 €. Tatsächlich sind im Jahre 2012 Deponiekosten nur in Höhe von 16.488,87 € angefallen. Für 2012 konnte somit ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 22.438,43 € abzüglich des Defizit aus 2011 in Höhe von 3.685,20 € von 18.753,23 € rechnerisch fortgeschrieben werden.

Für das Jahr 2013 wurde der Gebührensatz beibehalten. In der Gebührenkalkulation für 2013 wurde nochmals bei den Deponiekosten mit einem Betrag in Höhe von 45.000 € kalkuliert. Es lagen zur Zeit der Gebührenberechnung für 2013 noch keine näheren Erkenntnisse vor, um die Kostenposition zu senken. In der Nachkalkulation für 2013 wurden die Deponiekosten allerdings auf einen Betrag in einer Höhe von 20.000 € verringert. Für 2013 konnte ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 18.304,50 € errechnet werden. Zuzüglich des Überschusses aus dem Vorjahr ergibt sich ein rechnerisch kumulierter Gesamtüberschuss zum 31.12.2013 in Höhe von 37.057,73 €

Gebührenberechnung 2014

Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten			
		Gesamtkosten	je Einheit
zuzüglich			
	- Deponiekosten: (2.1)	20.000,00 EUR	4,98 EUR
	- Verwaltungskosten (2.2)	7.300,00 EUR	1,82 EUR
	- Kosten sonstige Reinigung (2.3)	0,00 EUR	0,00 EUR
	- Reinigung Einlaufschächte (2.4)	0,00 EUR	0,00 EUR
	- Anteilige Regiekosten (2.5)	16.815,00 EUR	4,18 EUR
	- Kosten der eigentlichen Reinigung (2.6)	52.000,00 EUR	12,94 EUR
Zwischenergebnis		96.115,00 EUR	23,92 EUR
abzüglich			
	- keine Anlieger (3.1)	-14.417,25 EUR	-3,59 EUR
	- Allgemeininteresse (3.2)	-9.611,50 EUR	-2,39 EUR
zuzüglich			
	- Defizitvortrag Vorjahr (4.1)		

neuer Gebührensatz kostendeckend (Zwischenergebnis):	72.086,25 EUR	17,94 EUR
neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) mit Überschussabbau (Gesamtbetrag in Höhe von 37.057,73 €)	35.028,52 EUR	8,72 EUR
neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) mit 25 % Überschussabbau	62.821,82 EUR	15,60 EUR

Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 72.086,25 € und der Gebührensatz müsste 17,94 € betragen. Bei Komplettabbau des Überschusses betragen die gebührenrelevanten Kosten in der Gebührenberechnung 2014 insgesamt 35.028,25 €. Dies entspricht einer Gebühr in Höhe von 8,72 €.

Dem Gebührenzahler den vollen vorgenannten rechnerisch nachkalkulierten Überschuss in einem Jahr zurück zu geben, wäre aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll, da die Regiekosten ab 2009 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und ab 2012 die voraussichtlichen Deponiekosten schwer zu kalkulieren sind. Außerdem würde, über die Zeit gesehen, der Gebührensatz erheblich schwanken.

Die Verwaltung schlägt vor, in der Gebührenberechnung für 2014 erst einmal 25 % des rechnerisch kumulierten Überschusses abzubauen. Die gebührenrelevanten Kosten betragen insgesamt 72.086,25 € abzüglich 9.264,43 € (25 % Überschussabbau) = 62.821,82 €. Für diese gebührenrelevanten Kosten errechnet sich eine Straßenreinigungsgebühr für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 15,64 € (abgerundet = 15,60 €).

Bei einem abgerundeten Gebührensatz von 15,60 € wird der kumulierte Überschuss zum 31.12.2013 in Höhe von 37.057,73 € um 9.145,25 € verringert, so dass zum 31.12.2014 ein kumulierter Überschuss in Höhe von 27.912,48 € fortgeschrieben werden kann. Bei einer Straßenreinigungsgebühr in Höhe von 15,60 € sind Einnahmen in 2014 von 62.702,64 € zu erwarten.

Überblick über die Gebührensätze:

2009	2010	2011	2012	2013	2014
11,80 €	13,50 €	16,50 €	22,50 €	22,50 €	15,60 €

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/121

freigegeben am **16.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 24.07.2013

Festsetzung des Gebührensatzes 2014 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „zentrale Abwasserbeseitigung“ folgender Gebührensatz ab 2014 festgelegt wird.

Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,30 €

Sach- und Rechtslage:

Grundsätzliches

Ab 2009 bis 2012 können noch keine endgültigen Kostenrechnungen für Schmutzwasser vorgelegt werden, weil die Jahresabschlüsse für diesen Zeitraum noch nicht vorliegen. Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2014 sind die Nachkalkulationen für 2012 und 2013. Die Nachkalkulation 2012 wurde auf der Basis von Ist-Zahlen, die Nachkalkulation 2013 auf Basis von Planzahlen aufgestellt.

Zentrale Abwasserbeseitigung

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, der sachliche Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

Schmutzwasser in Euro

	2012 mit Ist-Beträgen und teilweise Nachkalkulationsbeträgen	2013 mit nachkalkulierten Planzahlen
Erträge	2.103.215,43	2.024.232,96
Sachl. Betriebsaufwand	942.985,66	1.040.951,82
Abschreibungen	632.000,00	678.000,00
Kalk. Zinsen	397.400,00	403.300,00
Aufwendungen	1.972.385,66	2.122.251,82
Saldo	130.829,77	-98.018,86

Erträge

Die tatsächliche Abwassermenge (OOWV und durch die Gemeinde selbst abgerechnete Abwassermenge) betrug in den Jahren 2009 bis 2010 insgesamt jährlich durchschnittlich 822.000 cbm. Für das Jahr 2011 beträgt die Gesamtabwassermenge rund 870.000 cbm. Für 2012 liegt eine Hochrechnung in Höhe von rund 848.000 cbm vor. Da die Gemeinde Rastede in den letzten Jahren vermehrt Baugebiete erschlossen hat, hat sich auch die Anzahl der Benutzer der Einrichtung erhöht. Für 2013 wurde mit einer Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm kalkuliert.

Ausgehend von diesen Überlegungen schwanken deshalb auch von Jahr zu Jahr die Gebühreneinnahmen. Das liegt auch darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen. Bei einer durchschnittlichen Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm multipliziert mit dem Gebührensatz von 2,40 €(neuer Gebührensatz ab 2013) ergibt sich rechnerisch ein Gebührenaufkommen von 2.016.000 €für 2013. Für das Rechnungsjahr 2012 wurden insgesamt 2.103.215,43 €Erträge (Gebührensatz 2,55 €) vereinnahmt.

Sachlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Bei dem sachlichen Betriebsaufwand für 2012 handelt es sich bis auf die Regiekosten in Höhe von 65.114,16 €(geschätzt) um Ist-Beträge. Tatsächliche Regiekosten liegen erst vor, wenn die Jahresrechnung vorliegt.

Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen

Die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen haben einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser. Die „Anlagegüter im Bau“ im Bereich „Zentrale Abwasserbeseitigung“ müssen aufgelöst und dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden, wenn die Maßnahmen abgeschlossen werden. Erst dann können die Abschreibungen der vorgenannten Jahre in tatsächlicher Höhe benannt werden. Die Abschreibungen für 2009 und 2010 liegen vor. Erst wenn die Anlagenbuchhaltung die Investitionen 2012 bearbeitet, können auch exakte Abschreibungsvorausberechnungen für Folgejahre abgerufen werden.

Ab 2015 oder 2016 werden sich die Abschreibungen voraussichtlich erhöhen, weil insbesondere der Bau eines Faulturmes auf der Kläranlage Rastede ohne direkte Beitragsfinanzierung in die Abschreibung gelangt. Mit höheren Aufwendungen durch Abschreibungen in Höhe von ca. 100.000 €wird gerechnet.

Gebührevorschlag 2014

Die letzten Gebührensenkungen der zentralen Abwasserbeseitigung im Jahre 2009 von 2,60 € auf 2,55 €und im Jahre 2013 auf 2,40 €reichten nicht aus, den kumulierten Überschuss aus Vorjahren wesentlich zu verringern.

Vorläufige jährl. Entwicklung des Überschusses

Jahr	Fortschreibung	jährliche Entwicklung
bis 31.12.09	632.256,14	45.708,83
bis 31.12.10	745.442,29	113.186,15
bis 31.12.11	862.802,40	117.360,11
bis 31.12.12	993.632,17	130.829,77
bis 31.12.13	895.613,31	-98.018,86

In der vorstehenden Tabelle ist zu erkennen, dass sich in der Nachkalkulation 2012 entgegen der Planung ein Überschuss in Höhe von 130.829,77 € eingestellt hat, sodass der kumulierte Überschuss bis zum 31.12.2012 auf 993.632,17 € ansteigt. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde anhand der Planzahlen ein Defizit in Höhe von 98.018,86 € errechnet, sodass der kumulierte Überschuss um diesen Betrag sinken würde.

Erträge

durchschnittliche Abwassermenge	multipliziert mit Gebührensatz	Gebühreneinnahmen
820.000 cbm	2,40 €	1.968.000 €
840.000 cbm	2,40 €	2.016.000 €

Insgesamt wird aufgrund der Entwicklungen der Vorjahre mit einer Abwassermenge in Höhe von 840.000 cbm anstelle von 820.000 cbm kalkuliert.

Nachkalkulation 2013

Erträge (2,40 € 840.000 cbm)	2.016.000,00 €
Aufwendungen	2.120.000,00 €
Defizit des Jahres	-104.000,00 €
Regelmäßig entstehende Differenz zwischen Planwert und Rechnungsergebnis	80.000,00 €
Defizit für Überschussabbau	-24.000,00 €

Obwohl die Kostenpositionen wie Regiekosten und kalkulatorische Kosten ab dem Jahre 2009 noch nicht in tatsächlicher Höhe feststehen, muss der hohe Überschuss in den nächsten Jahren stärker als bisher abgebaut werden.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, ab 2014 den Gebührensatz in Höhe von 2,40 € auf 2,30 € zu senken. Die in den vergangenen Jahren immer wieder propagierte Gebührenkontinuität wird hierbei nicht aufgegeben. Mindestens für den Zeitraum der jetzigen Wahlperiode, eher noch darüber hinausgehend, wird der jetzt vorgeschlagene Gebührensatz nicht überschritten werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/122

freigegeben am **16.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 24.07.2013

Festsetzung der Gebührensätze 2014 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „dezentrale Abwasserbeseitigung“ folgende Gebührensätze ab 2014 festgelegt werden:

Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|---|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 68,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 57,50 € |

Sach- und Rechtslage:

Abfuhrmengen

Die tatsächlichen Abfuhrmengen sind in der nachfolgenden Tabelle bis zum Jahre 2012 aufgeführt. Die Abfuhrmenge in 2012 hat sich gegenüber dem Jahre 2011 um 61 cbm verringert. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr seitens der Gemeinde Rastede aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlamms für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr).

Abfuhrmengen in cbm:

2009	2010	2011	2012	2013 geschätzt	2014 geschätzt
503	758	701	640	600	600

Aufwendungen und Erträge

Die Nachkalkulationen 2012 und 2013 sind für die Festsetzung der Gebühr 2014 die Berechnungsgrundlagen. Die Nachkalkulation 2012 wurde auf der Basis von Ist-Zahlen, die Kalkulation 2013 auf Basis von nachkalkulierten Planzahlen aufgestellt. Für 2014 wurden Werte aufgrund der Kalkulation 2013 zusammengestellt.

Dezentrale Abwasserbeseitigung	2012	2013	2014
Erträge	40.509,00 €	36.540,00 €	36.540,00 €
Fahrtkosten	14.850,65 €	16.000,00 €	16.000,00 €
Bekanntmachungskosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kosten der Reinigung ohne Verschmutzungszuschlag	759,98 €	785,49 €	788,23 €
Verschmutzungszuschlag	6.437,75 €	6.732,80 €	6.756,21 €
Lohnkosten Verwaltung	5.703,01 €	5.800,00 €	6.000,00 €
Kosten Fäkalschlammanahme	4.009,54 €	3.508,35 €	3.436,75 €
Regiekosten ab 2012	3.254,22 €	9.946,06 €	15.000,00 €
Aufwendungen insgesamt	35.015,15 €	42.772,70 €	47.981,19 €
Saldo	-5.493,85 €	6.232,70 €	11.441,19 €

Bei den geltenden Gebührensätzen und der Abfuhrmenge in Höhe von 640 cbm errechnen sich Gesamteinnahmen für 2012 in Höhe von 38.913 € Tatsächlich wurden Erträge in Höhe von 40.509 €, somit 1.596 € Mehreinnahmen erzielt. Die Gebühreneinnahmen schwanken von Jahr zu Jahr, weil in die Jahreseinnahmen Nachforderungen und Erstattungen für das Vorjahr einfließen. Die Aufwendungen in 2012 in Höhe von 35.015,15 € können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im zentralen Abwasserbereich“ noch nicht endgültig feststehen. Für die dezentrale Abwasserbeseitigung weist die Kostenrechnung 2012 rechnerisch einen Überschuss in Höhe von 5.493,85 € aus.

Erstmals wurden im Jahre 2012 20 % (3.254,22 €) der Regiekosten berücksichtigt. Das Ausgabevolumen 2013 in Höhe von 42.772,70 € fällt gegenüber dem Jahre 2012 in Höhe von 35.015,15 € um 7.757,55 € höher aus. Diese Mehrausgaben sind größtenteils darin begründet, dass ab dem Jahre 2013 Regiekosten in Höhe von 50 % (9.946,06 €) berücksichtigt wurden. In die Gebührenkalkulation für 2014 mit einem Ausgabevolumen in Höhe von rechnerisch 47.981,19 € wurden 75 % Regiekosten (15.000 €) berücksichtigt. Die absolute Höhe der Regiekosten kann sich noch verändern, wenn die Jahresabschlüsse endgültig vorliegen und andere Ergebnisse bringen.

Entwicklung des Defizits/Überschuss bis zum 31.12.2014 (Gebührensätze 63 €/ 52,50 €)

2009	2010	2011	2012	2013
-4.565,58	557,13	18.158,94	23.652,79	17.420,10

Die Gebührenerhöhungen ab 2005 bis 2007 für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben von insgesamt 20 € ließen rein rechnerisch das seinerzeit bestehende Defizit zum 31.12.2008 (letzte endgültige Kostenrechnung) in Höhe von 5.067,94 € über die Jahre (sh. vorherige Aufstellung) zu einem Überschuss heranwachsen.

Dieser Überschuss wird wie beschlossen ab 2012 für die schrittweise Einbeziehung der Regiekosten verwandt. Eine Komplettberücksichtigung der Regiekosten zu 100 % wird für 2015 angestrebt.

Ohne Berücksichtigung des rechnerisch kumulierten Überschusses zum 31.12.2013 in Höhe von 17.420,10 € müsste eine kostendeckende Gebühr wie folgt aussehen:

- 82,78 €pro cbm für Hauskläranlagen (gültiger Gebührensatz = 63,00 €)
- 68,71 €pro cbm für abflusslose Gruben (gültiger Gebührensatz = 52,50 €)

Da so ein erheblicher Gebührensprung den Benutzern der Einrichtung „zentrale Abwasserbeseitigung“) nicht zugemutet werden sollte, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, die Gebühr ab 2014 jeweils um 5 €anzuheben:

- 68,00 €pro cbm für Hauskläranlagen und
- 57,50 €pro cbm für abflusslose Gruben

Bei einer Anhebung der Gebühr um jeweils 5 €/cbm beträgt der rechnerisch kumulierte Überschuss zum 31.12.2014 insgesamt 8.978,91 €

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Vorlage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/123

freigegeben am **16.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 24.07.2013

Gebührensatzsatzung 2014 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.11.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2013/123 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2014 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen

- 2013/119 - Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“
- 2013/121- Festsetzung des Gebührensatzes 2014 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser
- 2013/122- Festsetzung der Gebührensätze 2014 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt

Anlagen:

Anlage 1 : Gebührensatzsatzung 2014

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/117

freigegeben am **19.09.2013**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 23.07.2013

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	30.09.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	21.10.2013	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	22.10.2013	Schulausschuss
Ö	28.10.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	29.10.2013	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.11.2013	Feuerschutzausschuss
Ö	02.12.2013	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	10.12.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	10.12.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Der Entwurf des Haushaltsplanes ist ausgeglichen. Bis zur endgültigen Beschlussfassung können sich noch im Bereich Schlüsselzuweisungen und Beteiligung an der Einkommensteuer deutliche Veränderungen ergeben. Erst Mitte November werden alle Berechnungsgrundlagen vorliegen, die eine endgültige Berechnung der Schlüsselzuweisung und eine endgültige Einschätzung der Beteiligung an der Einkommensteuer zulassen.

Die Planung stellt sich wie folgt dar:

Ergebnis- und Finanzhaushalt: (noch ohne Innere Verrechnungen)	ErgebnisHH		FinanzHH Bereich lfd. Verwaltung	
	Ertrag	Aufwand	Einzahlung	Auszahlung
Summen 2014	-31.243.564,00	31.475.312,85	-26.459.171,00	26.773.133,85
Saldo der ersten Anmeldung:		231.748,85		313.962,85

Berücksichtigung ordentliche Tilgung beim Saldo Finanzhaushalt, Bereich lfd. Verwaltung:	480.000,00
---	-------------------

Saldo der ersten Anmeldung mit ordentliche Tilgung:	231.748,85	793.962,85
Änderungen in der Planungsphase:	-796.640,00	-796.640,00
Endergebnis der Haushaltsplanung:	-564.891,15	-2.677,15
("-" = Überschuss)		

Der Ergebnishaushalt weist einen Überschuss in Höhe von 564.891,15 Euro aus und der Finanzhaushalt im Bereich laufende Verwaltung in Höhe von 482.677,15 Euro. Nach Abzug der ordentlichen Tilgung verbleibt eine „Nettoinvestitionsrate“ in Höhe von 2.677,15 Euro. Diese Nettoinvestitionsrate ist z. Zt. ein rechnerischer Wert und hängt letztlich von dem tatsächlichen Bedarf an ordentlicher Tilgung ab. Das in der vorstehenden Tabelle genannte Tilgungsvolumen von 480.000 Euro ist ausreichend, den Tilgungsbedarf der Kredite aus den Haushaltseinnahmeresten 2012, den veranschlagten Krediten 2013 und anteilig 2014 zu decken.

Ergebnis- und Finanzhaushalt

Die Ausgabeveranschlagung im Ergebnishaushalt orientiert sich weitestgehend am Bedarf, d. h. der in der vorstehenden Aufstellung genannte Betrag in Höhe von 796.640 Euro alle Teilbereiche des Haushaltes betreffend konnte nicht berücksichtigt werden, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Das vorstehende Volumen des Ergebnishaushaltes in Höhe von 31.475.312 Euro (ohne innere Verrechnungen) liegt damit rd. 1,7 Mio. Euro über dem Volumen von 2013. Im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes beträgt die jahresvergleichende Differenz 1,28 Mio. Euro.

Die Mittelkürzung im Vorfeld der Planungen ist nur deshalb nicht kräftiger ausgefallen, weil bei der Veranschlagung der allgemeinen Deckungsmittel das maximal mögliche Volumen veranschlagt wurde. Das maximale Volumen wird insbesondere durch die Orientierungsdaten und die Steuerschätzungen bestimmt. Zu keiner Zeit hatte die Gemeinde bisher diese Grenzen ausgeschöpft. Bei der Veranschlagung hat die Verwaltung die Auswirkungen des Zensus 2011, die Orientierungsdaten von 2012 und die Steuerschätzung Mai 2013 berücksichtigt. Im Ergebnis ergibt sich bei den allgemeinen Deckungsmitteln folgende Ausstattung:

	2012		2013		2014
	Ansatz	endgültig (21.01.13)	Ansatz	Stand 23.07.13	Ansatz
Grundsteuer A	144.000	137.024,66	137.000	142.045,38	141.000
Grundsteuer B	2.275.000	2.320.365,57	2.310.000	2.335.208,77	2.350.000
Gewerbesteuer	7.100.000	7.533.613,24	7.100.000	7.180.510,50	7.300.000
Einkommensteuerbeteiligung	5.330.000	6.468.810,00	6.520.000	6.520.000,00	6.640.000
Umsatzsteuerbeteiligung	450.000	513.788,00	460.000	460.000,00	548.000
Vergnügungssteuer	40.000	45.990,00	42.000	45.714,00	45.000
Hundesteuer	54.000	58.230,56	58.000	61.923,71	61.000
Schlüsselzuweisungen	2.742.000	2.844.184,00	2.176.000	2.214.000,00	3.530.000
Zusch. übertr. WK	345.000	354.496,00	355.000	362.088,00	368.000
Summe	18.480.000	20.276.502,03	19.158.000,00	19.260.031,00	20.983.000,00

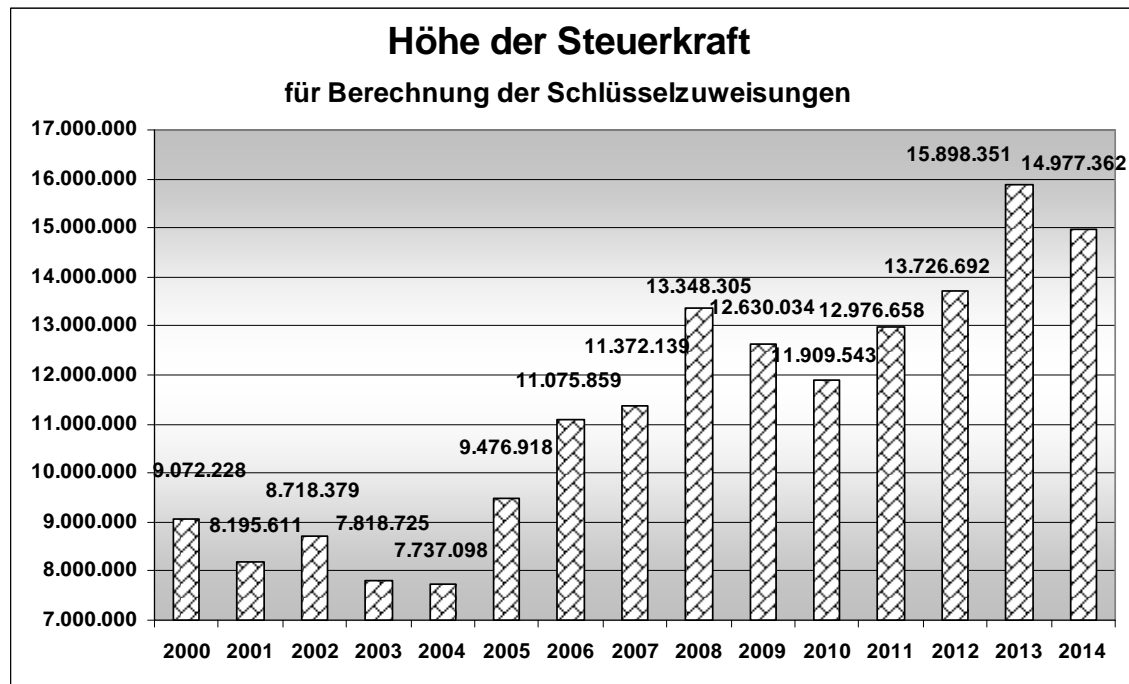
Gewerbesteuerumlage	1.596.000	2.091.512,00	1.581.000,00	1.581.000,00	1.625.000,00
Entschuldungsumlage	40.000	40.448,00	40.000,00	40.000,00	41.700,00
Kreisumlage für HHPlan	5.832.000	5.867.024,00	6.329.000,00	6.329.000,00	6.640.000,00
Summe	7.468.000	7.998.984,00	7.950.000,00	7.950.000,00	8.306.700,00

Saldo	11.012.000	12.277.518	11.208.000,00	11.310.031,00	12.676.300,00
--------------	-------------------	-------------------	----------------------	----------------------	----------------------

planerische Volumensteigerung: 1.553.300,00

Aus dem vorstehenden Bereich der Einnahmen und Ausgaben heraus verfügt der Haushalt 2014 gegenüber 2013 planerisch über zusätzliche Mittel von 1.553.330 € Verantwortlich dafür sind die Schlüsselzuweisungen und die Beteiligung an der Einkommensteuer.

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind folgende Faktoren zu erklären:



- Die Steuerkraft (die erst am 30.09.2013 feststeht) sinkt wegen reduzierter Steuereinnahmen in der Vergleichszeit 01.10.2012 bis 30.09.2013

Eine sinkende Steuerkraft führt zu höheren Schlüsselzuweisungen.

- Steigendes Schlüsselzuweisungsaufkommen aufgrund der Orientierungsdaten

Die z. Zt. noch gültigen Orientierungsdaten von 2012 gehen von einer Steigerung von 6 % für 2014 aus. Sie wurden dem Grundbetrag vollständig zugeordnet.

- Auswirkungen des Zensus 2011

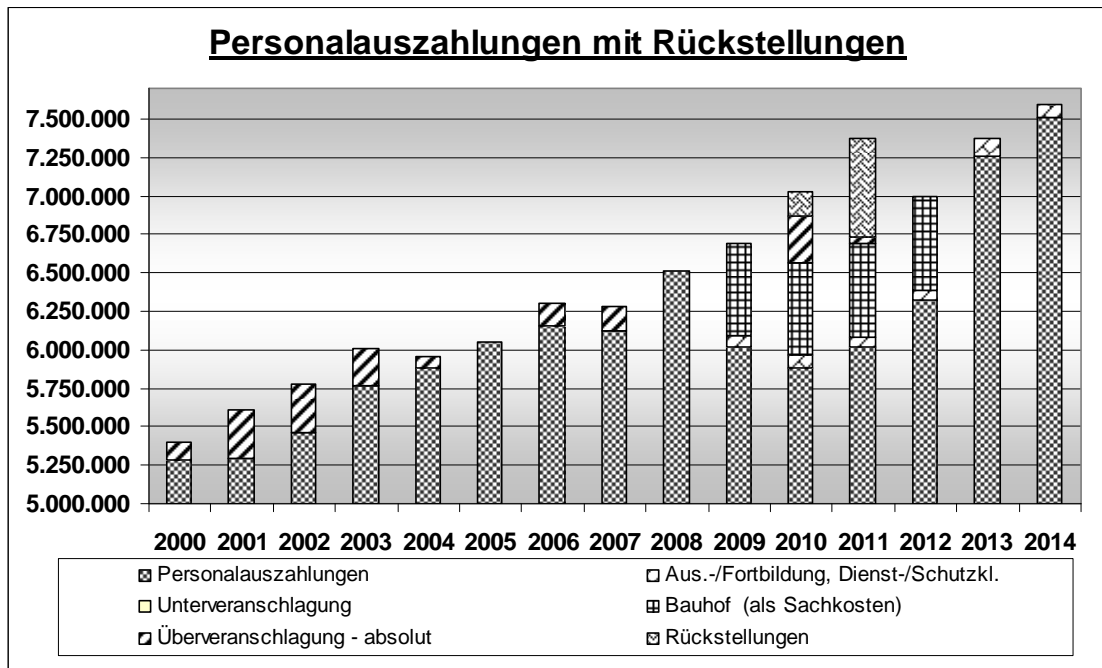
Nach den Modellrechnungen des Landesamtes für Statistik würde die Gemeinde Rastede für 2013 279.000 Euro mehr Schlüsselzuweisungen bekommen. Umgerechnet auf den Grundbetrag bedeutet dies eine Anhebung des Betrages um 16 Euro. Diese 16 Euro wurden vollständig berücksichtigt. Ob dieser zusätzliche Betrag bleiben wird, ist noch ungewiss, weil noch nicht bekannt ist, wie das Land auf Einwendungen von durch den Zensus negativ betroffenen Kommunen reagieren wird.

Bei der Berechnung der Beteiligung an der Einkommensteuer wurde die Steuerschätzung Mai 2013 vollständig berücksichtigt. Auf das vorausgesehene landesweite Steueraufkommen wurde die gemeindliche Verteilzahl angewendet. Es entstehen dadurch Mehreinnahmen von 370.000 Euro.

Der Menge an zusätzlichem Geld für 2014 stehen Mehrausgaben gegenüber. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um besondere Vorkommnisse des Jahres 2014 sondern, wie bereits angedeutet, in wesentlichen Bereichen um kontinuierliche Ausgabensteigerungen.

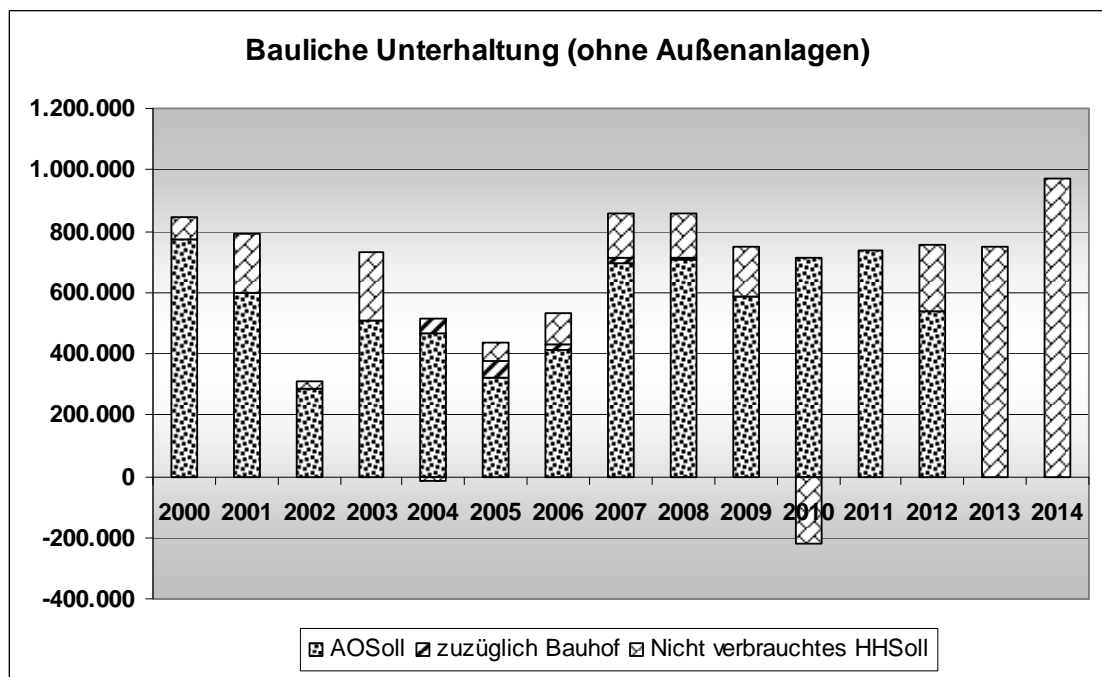
Beispiele dafür sind:

- Personalaufwand

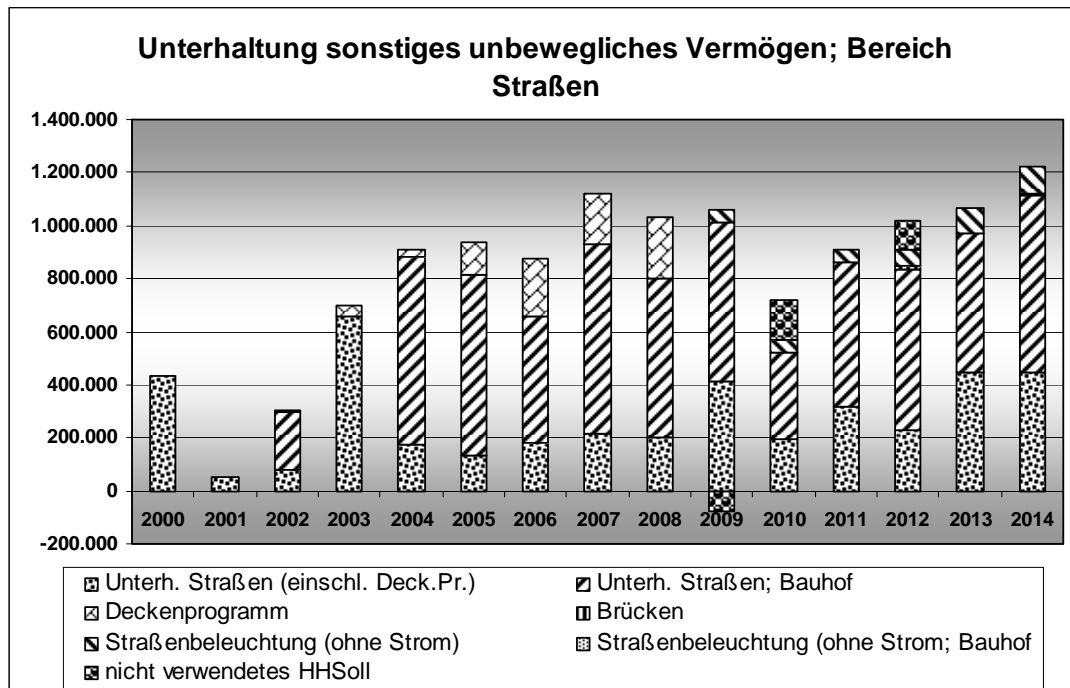


Berücksichtigt wurde der allgemeine tarifliche und personelle Mehrbedarf im Kindertagesstättenbereich.

- Bauliche Unterhaltung



- Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen; Bereich Straßen



Das sonstige unbewegliche Vermögen wird maßgeblich durch den Bereich Straßen bestimmt. Die Notwendigkeit der Substanzerhaltung verlangt einen höheren Unterhaltungsaufwand.

- Kindertagesstätten

Der nicht gedeckte Aufwand (ohne Regie) in diesem Aufgabenbereich beträgt 3.279.668 Euro. Das sind gegenüber 2013 insgesamt 337.024 Euro mehr. Bei einem gerechneten Einnahmenvolumen in Höhe von 1.071.910 Euro beträgt der Gesamtaufwand bei den Kindertagesstätten 4.323.818 Euro.

Weitere wesentliche Veränderungen betreffen Einzelpositionen und können den Anlagen entnommen werden.

Investitionen:

Das Gesamtausgabevolumen beträgt 10.423.850 Euro. Bei Einnahmen in Höhe von 5.733.600 Euro verbleiben durch Kredite zu deckende Ausgaben in Höhe von 4.690.250 Euro.

Die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen können der Anlage entnommen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Mittelanmeldungen Produkte
- Anlage 2: Mittelanmeldungen Kostenstellen
- Anlage 3: Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude
- Anlage 4: Mittelanmeldungen Unterhaltung Grundstücke
- Anlage 5: Mittelanmeldungen Bauhof
- Anlage 6: Investitionsprogramm
- Anlage 7: Übersicht über Produkte und Kostenstellen
- Anlage 8: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen

Zu den Anlagen ist folgendes auszuführen:

Die Haushaltsplanung nach doppischen Gesichtspunkten erlaubt ohne umfangreiche zusätzliche Informationen keinen Einblick in Details. Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich auch nicht so gewollt, weil er davon ausgeht, dass die Politik mit dem Haushaltsplan politische und finanzwirtschaftliche Rahmendaten festlegt und es der Verwaltung überlässt, wie im Einzelnen die Ziele erreicht werden. Die Rechtslage sieht diese „Arbeitsteilung“ bewusst so vor.

Die Gemeinde Rastede handelt traditionell allerdings nicht so; sie hat der Politik bisher alle gewünschten Detailinformationen geliefert, die es ihr erlauben, im Einzelnen die Wege zu verfolgen, wie die Verwaltung die beschlossenen Ziele erreicht.

Die Anlagen sind wie folgt zu verstehen:

Die Gemeinde Rastede hat in ihrer Finanzbuchhaltung eine umfangreiche Kostenrechnung implementiert, die es möglich macht, Haushaltsplanung auf Kostenstellenebene durchzuführen und, soweit eine Kostenrechnung nicht besteht, auf Produktebene. Diese grundsätzliche Unterteilung ist der Grund für die sich insoweit unterscheidenden Anlagen Mittelanmeldung - Produkte und Mittelanmeldung - Kostenrechnung. Die Kostenrechnung umfasst die Bereiche Abwasser, Straßenreinigung, Märkte, Kindertagesstätten, Hallenbad und Bauhof.

Eine Sonderstellung nehmen die Anlagen „Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude“ und „Unterhaltung Grundstücke“ ein. Dieser Planungsbereich berührt ausschließlich den Geschäftsbereich Liegenschaften. Diese Organisationseinheit ist eine Service leistende Einrichtung, die grundsätzlich sämtliche Gebäude und Grundstücke bewirtschaftet. Die Erstellung der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde als Gelegenheit genutzt und zum Anlass genommen, je Gebäude und dazugehörige Grundstücke eine Kostenstelle zu bilden und darauf die Haushaltsplanung zu betreiben. Diese detaillierte Planung erlaubt es zudem, kostenstellenseitig Salden auf die Produkte per „Warmmiete“ zu verteilen. Dieser besonderen Form der Haushaltsplanung und der Notwendigkeit einer Warmmietenberechnung ist es gezollt, dass die beiden genannten Anlagen in Form einer Matrix aufgebaut sind. Je Gebäude und dazugehörigem Grundstück kann also die Aufwands- und Ertragssituation betrachtet werden.